

Antrag

der Abg. Josef Frey u. a. GRÜNE

Alkoholbedingte Krankenhausbehandlung von Jugendlichen

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. welche Maßnahmen zur Prävention und Gesundheitsförderung bei Jugendlichen in Bezug auf Alkoholkonsum in den Landkreisen Ludwigsburg, Heilbronn, Enzkreis, Rhein-Neckar-Kreis, Alb-Donau-Kreis, Rastatt und in den Stadtkreisen Stuttgart, Heilbronn, und Mannheim von 2013 bis 2017 durchgeführt wurden;
2. welche Maßnahmen zur Prävention und Gesundheitsförderung bei Jugendlichen in Bezug auf Alkoholkonsum in den Landkreisen Main-Tauber-Kreis, Freudenstadt, Konstanz, Ravensburg, Heidenheim, Waldshut, Lörrach, Bodenseekreis, Neckar-Odenwald-Kreis, Ostalbkreis und Sigmaringen von 2013 bis 2017 durchgeführt wurden;
3. Welche der unter Ziffer 2 genannten Landkreise in diesem Jahr zusätzliche Maßnahmen im Bereich der Alkoholprävention planen.

15.04.2019

Frey, Krebs, Niemann, Poreski, Seemann, Wehinger GRÜNE

Begründung

Im Oktober 2018 hat das Statistische Landesamt Baden-Württemberg aktuelle Zahlen zu den alkoholbedingten Krankenhausbehandlungen bei 13- bis 19-Jährigen veröffentlicht. Diesen Daten nach setzt sich der zu beobachtende Rückgang alkoholbedingter Krankenhausbehandlungen von Kindern und Jugendlichen aus dem Südwesten in den Jahren 2010 bis 2015 im zweiten Jahr in Folge nicht fort. So gab es im Jahr 2017 2 733 durch Alkoholkonsum verursachte Krankenhausaufenthalte von Jugendlichen aus Baden-Württemberg. Alkoholbedingte Krankenhausbehandlungen von Kindern und Jugendlichen sind zumeist Behandlungen aufgrund akuter Rauschzustände.

Die neu veröffentlichten Daten enthalten ebenfalls land- und stadtkreisbezogene Daten. Dabei sind deutliche Unterschiede zwischen den Landkreisen festzustellen. So ist die Häufigkeit der Behandlungsfälle je 10 000 der gleichaltrigen Bevölkerung mit 71,2 im Landkreis Freudenstadt am höchsten, und im Landkreis Mannheim mit 17,6 am niedrigsten. Deshalb sollen gerade einzelne besonders betroffene Landkreise analysiert werden, um ggf. Gegenmaßnahmen entwickeln zu können.